

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke

Menschen mit Behinderung stärken – Gesellschaft verändern

Die AKSB stärkt mit ihrer politischen Bildung die Grundrechte von Menschen mit Behinderung

Die Pandemie als Brennglas einer ungleichen Gesellschaft - Situationsanalyse

Aktuell werden Menschen mit Behinderungen, trotz der Stärkung Ihrer Rechte, immer noch bevormundet. Die Covid19-Pandemie hat zusätzlich verdeutlicht, dass nicht mit den Menschen, sondern für die Menschen entschieden wird. Im Vordergrund gesellschaftlichen Handels steht, was andere Menschen für junge Menschen mit und ohne Behinderung für sinnvoll erachten. Darüber hinaus werden ihre Anliegen als weniger relevant angesehen als die Anliegen anderer gesellschaftlicher Gruppen. Vertreter/-innen von Heim- und Werkstattbeiräten, aber auch Mitarbeitende der Behindertenhilfe weisen darauf hin, dass selbstbestimmte Teilhabe immer noch massiv durch verschiedenste Barrieren verhindert wird und gerade die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen besonders beachtet werden müssten. „Empowerment“ junger Menschen mit Behinderung kann nur stattfinden, wenn aktuelle Strukturen einer Unterbringungsmentalität (Werkstätten, Unterbringung in Wohnheimen etc.) aufgebrochen und verändert werden.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, hat hierzu angemerkt, dass viel zu viele Menschen aus ganz verschiedenen Gründen von Teilhabe, insbesondere auch politischer, ausgeschlossen werden: „Das müssen wir dringend ändern, sonst haben wir ein Demokratie-Problem“.¹

¹ Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung: Interview Behindertenbeauftragter will mehr Teilhabe an Politik erreichen – „Für Barriere-freiheit gilt nicht die Devise 'nice to have'“.

Inklusion als gesellschaftlicher Auftrag

Mit dem Beschluss des Bundestages zum inklusiven Wahlrecht bzw. zur Abschaffung des Wahlrechtsausschlusses von behinderten Menschen im Bundeswahlgesetz zum 1. Juli 2019 wird eine lang geforderte Umsetzung des Artikels 29 der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland realisiert.

Das inklusive Wahlrecht setzt wesentlich mehr als das Recht zur Teilnahme an Wahlen voraus. Es geht um eine umfassende Partizipation und die Wahrnehmung demokratischer Rechte von Menschen mit Behinderungen. Jede Form von Partizipation wird erst durch das nötige Wissen und dem Zugang zur praktischen Umsetzung möglich. Diese beiden Schranken, die oft eine echte Teilhabe von Menschen mit Behinderung darstellen, werden zwar durch das erlassene Gesetz möglich, dennoch gilt es nun, aktiv Wege der Partizipation zu eröffnen.

Inklusion als Auftrag der politischen Bildung

Daraus resultiert die Aufgabe der politischen Bildung, Menschen mit Behinderung dazu zu befähigen, [...] „sich in ihrer Einzigartigkeit im öffentlichen Raum zu exponieren, um dort in Freiheit mit anderen Menschen sprechend und handelnd ihre gemeinsame Angelegenheit zu regeln [...]“². Menschen mit Behinderung werden in die Lage versetzt, sprechend und handelnd im öffentlichen Raum zu agieren³.

Politische Bildung mit einem Fokus auf Inklusion beschränkt sich dabei nicht auf die Vermittlung von Wissen über Institutionen, sondern vermittelt die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung (hier als Empowerment umschrieben). Empowerment beginnt auf der individuellen Ebene, beispielsweise durch den Erwerb von Orientierungswissen und Kompetenzen sowie durch die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Handlungsmotivation. Ausgangspunkt sind nicht die Defizite, sondern die Ressourcen und Stärken des Einzelnen. Inklusiv ausgerichtete Bildung sieht sich aktuell mit einer gesellschaftlichen Situation konfrontiert, in der die o.g. Prinzipien oftmals nicht berücksichtigt werden.⁴

² Oeftering, Tonio: Hannah Arendts Begriff des und Politischen und Inklusion, S.66.

³ Vgl. Ebd.

⁴ Vgl. Kronauer, Martin: Politische Bildung und inklusive Gesellschaft, S. 22.

Selbstanspruch des Modellprojektes und der AKSB

Die AKSB verpflichtet sich in ihrer Konvention dazu, den Menschen Anstöße zu geben, „[ihre] Identität in Freiheit als eine auf die Gesellschaft verwiesene Person zu entwickeln“.⁵ Sie will sich dafür einsetzen, dass Teilhabe für alle Menschen möglich ist. Der Begriff der Partizipation ist für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung von zentraler Bedeutung⁶.

Im Rahmen unseres Modellprojektes „Wie geht Demokratie? – Demokratieförderung für Jugendliche und junge Menschen mit geistiger Behinderung“ haben sich alle Projektbeteiligten auf einen Weg des gemeinsamen Lernens gemacht.

Dabei haben die Kolleg/-innen für ihre Arbeit Prinzipien inklusiv ausgerichteter Bildung vereinbart, die sie in ihrer täglichen Arbeit umsetzen möchten:

1. Einbindung von Menschen mit Behinderung: Alle Konzepte, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten finden in einem partizipativen Dialog mit der Zielgruppe statt, d.h. in kleinen Dialogschritten ist herauszufinden, was Menschen mit Behinderung brauchen. Dabei darf der Zielgruppe nichts übergestülpt werden.
2. Grundrechte stärken: Wir verpflichten uns, für die Wünsche und Bedarfe der Menschen mit Behinderung einzutreten und diese im Sinne eines Empowerments zu eigener Partizipation zu befähigen.
3. Kritische Reflexion: Im Sinne dieses Empowerments sichten wir selbst bestehende Strukturen kritisch und versuchen Impulse zu geben, diese Strukturen vor Ort zu verändern.
4. Einfache Sprache: Wir bemühen uns, in leicht verständlicher Sprache zu kommunizieren und dies als Grundsatz unserer Arbeit mitzudenken.

Von den Begegnungen und Erfahrungen des Projektes ausgehend, möchte die AKSB als Fachverband der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung einen nachhaltigen Prozess anstoßen, der die Perspektiven von Menschen mit Behinderung aufgreift und sie in ihren Anliegen stärkt.

⁵ Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB): Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und Aktualisierende Ergänzungen, S. 21.

⁶ Vgl. ebd., S.56.

Daher wollen wir uns als Mitglieder der AKSB zum Ziel setzen, die vier oben genannten Prinzipien der inklusiv ausgerichteten politischen Bildung als Standards in unsere Arbeit vor Ort aufzunehmen. Wir machen uns dabei auf einen Weg, der Zeit und Geduld braucht. Dennoch wollen wir mit dieser Erklärung einen ersten bewussten Schritt gehen.

Berlin, im November 2022

Die Erklärung ist auf Initiative des AKSB-Projekts „Wie geht Demokratie? – Inklusive Demokratiebildung für Jugendliche und junge Erwachsene mit geistiger Behinderung“ entstanden. Das Projekt wird gefördert durch das BMFSFJ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Literaturverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB): Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und Aktualisierende Ergänzungen, Bonn 2010.

Beauftragte(r) der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung: Interview: Behindertenbeauftragter will mehr Teilhabe an Politik erreichen – „Für Barrierefreiheit gilt nicht die Devise 'nice to have'“ (https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/DerBeauftragteAktuell/DE/AS/2018/20180813_Interview_KNA.html , abgerufen am 27.09.2022).

Kronauer, Martin: Politische Bildung und inklusive Gesellschaft, in Christoph Dönges / Wolfram Hilpert / Bettina Zurstrassen (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn 2015, (S.18-29).

Oeftering, Tonio: Hannah Arendts Begriff des und Politischen und Inklusion, in: Christoph Dönges / Wolfram Hilpert / Bettina Zurstrassen (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn 2015, (S.60-68).